

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 8 Uhr. Bezugspreis wird monatlich festgesetzt. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Reichspostanstalten entgegen. In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Verkehrs-Anschluss Nr. 224.

Antliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hoch Raum 5 Goldpfennig, für außer halb Wohnort 6 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einzeln, Umlaufzeit, Schmierzeit und tabellarischer Satz mit Aufschlag.

Anzeigen-Nachnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburg-Gebäude.

Nr. 110.

Sonnabend, den 13. September 1930.

33. Jahrg.

## Die Pflicht zur Abrüstung.

Große Rede Hendersons.

Der englische Außenminister Henderson hielt in der Nachmittags-Sitzung der Völkerbundversammlung eine Rede, die sich unmissverständlich gegen die bisher noch immer nicht erfolgte Abrüstung der Siegermächte richtete. Hendersons Erläuterungen sind durch ihre ungewöhnlich scharf formulierte Forderung der Erfüllung der Abrüstungsbestimmungen der Friedensverträge und des Völkerbundesvertrages das Ereignis des Tages.

Henderson gedachte eingangs der seit der letzten Völkerbundversammlung verstorbenen Staatsmänner Wilson, Stresemann und Lansing. Bei der letzten Versammlung der Völkerbundversammlung in der vorigen Septemberversammlung gehört habe, habe sich davon überzeugen können, daß sich dieser große Führer für die Sache der Völkerfriedensicherung in hohem Maße eingesetzt habe. Stresemann sei es zu danken, daß heute alle deutschen Gebiete von der militärischen Besetzung frei seien. Henderson sagte dann zur Abrüstungsfrage, nach der Auffassung der englischen Regierung seien Sicherheit und Abrüstung eng verbunden.

Nichts könne die Völker härter vor dem Ausbruch eines neuen Krieges schützen, als ein allgemeines Abrüstungsabkommen. Die Sicherheit sei unerbittlich, solange das gegenseitige Vertrauen anbauere. Das englische Volk sei sich darüber einig, die Maschinen des Völkerbundes in der Sicherheitsfrage nur dann weiter auszubauen, wenn die Abrüstung ausführe, eine leere Phrase sei kein mit endlicher Wirksamkeit. Auf diesen Grundsatz werde die künftige englische Politik aufgebaut sein. Die Schöpfer des Völkerbundesvertrages hätten niemals an eine internationale Zusammenarbeit geglaubt, wenn die nationalen Rüstungen bestehen blieben. Deshalb sei in Artikel 8 des Völkerbundesvertrages die Verpflichtung zu einer allgemeinen Herabsetzung und Beschränkung der nationalen Rüstungen aufgenommen worden. Schon elf Jahre werde die Abrüstungsfrage ohne Fortschritt behandelt. Jetzt sei der Augenblick gekommen, endlich zu handeln.

Die Abrüstungsbestimmungen des Völkerbundesvertrages bildeten einen Teil der Friedensverträge. Jede Regierung sei durch diese Verpflichtungen gebunden. In den Verhandlungen im Jahre 1919 sei diese Verpflichtung ausdrücklich wieder festgelegt und von neuem in der Schlussakte des Locarno-Vertrages bestätigt worden. Vor zwei Jahren habe die Völkerbundversammlung feierlich festgestellt, daß der gegenwärtige Stand der Sicherheit den Abschluß eines allgemeinen Abrüstungsabkommens erlaube. Die Londoner Flottenkonferenz sei ein Erfolg. England habe sich verpflichtet, die Schlachtschiffe um 25 Prozent zu vermindern und bis 1936 neue Schlachtschiffe nicht zu bauen. England hoffe, daß beim Zutritt der Weltabstimmungskonferenz weitere wesentliche Herabsetzungen der englischen Seekriegsflotte erreicht sein würden. Die Herabsetzung der Rüstungen einzelner Mächte sei keine Erfüllung der internationalen Abrüstungsverpflichtungen.

Nur wenn ein allgemeines Abrüstungsabkommen für die Land-, See- und Luftkriegsflotte abgeschlossen sei, könnten die Friedensverträge und der Völkerbundesvertrag als erfüllt angesehen werden. England erwarte, daß der Abrüstungsansatz endlich zu einem praktischen Ergebnis gelangen werde, daß die Regierungen ihren Vertretern Anweisungen geben würden, die einen Erfolg der Abrüstungsverhandlungen sichern. England erwarte ferner die Einberufung der Weltabstimmungskonferenz zum Jahre 1931.

Die Regierungen hätten die Pflicht, den nächsten Krieg nun möglich zu machen, der noch schrecklicher sein würde als der letzte. Die englische Regierung rufe deshalb alle in Genuß verleitenden Regierungen auf, ihre Kräfte gemeinsam zur Erreichung des Zieles einzusetzen, für das der Völkerbund geschaffen worden sei.

Die Erklärungen Hendersons, insbesondere die Feststellung, daß die Abrüstung eine verbindliche Verpflichtung der Friedensverträge darstelle, wurde mit hohem Interesse aufgenommen. Die Wirkung der Rede war weit härter als die der Vormittagsrede Briand's.

## Europas Vereinigung.

Die Abrüstung.

Im Völkerbund zu Genf ergiff Donnerstag unter allgemeiner Spannung Briand das Wort. Er wies darauf hin, daß die Tribüne des Völkerbundes als Vertreter Frankreichs und ferner als Beauftragter von 26 europäischen Mächten betrete, in deren Auftrag er dem Völkerbund einige Mitteilungen machen wolle. Briand ging in längeren Ausführungen auf die bisherigen Fortschritte des Ausbaues des Völkerbundes ein und erklärte, die Völker hätten in nachdem Maße das Vertrauen, daß der Völkerbund das Werk des Friedens fortsetzen werde. Der Krieg sei jetzt, nach dem Abschluß des Kellogg-Paktes, als Verbrechen schlimmer Verbrechen erklärt worden. Auf dem Wege der Friedenssicherung seien große Fortschritte geschaffen. Solange er lebe, werde er jedenfalls keinen Krieg mehr zulassen. Jetzt gelte es, die Bestimmungen des Völkerbundesvertrages über die Abrüstung durchzuführen.

Außenminister Dr. Curtius hat beim Präsidenten der Völkerbundversammlung den Antrag gestellt, den Abschluß des Jahresberichts des Völkerbundes über die Abrüstungsfrage dem politischen Ausschuss der Völkerbundversammlung zu überweisen. Die deutsche Regierung hat damit die Initiative in der Abrüstungsfrage ergriffen.

## 589 Wahlvorschläge.

Die Bewerber für die Reichstagswahl. Nach den Feststellungen des Reichswahlleiters sind für die Reichstagswahl am 14. September 565 Kreiswahlvorschläge, 24 Reichswahlvorschläge, insgesamt 589 Wahlvorschläge, zugelassen, gegenüber 642 Kreiswahlvorschlägen und 31 Reichswahlvorschlägen, gleich 673 Wahlvorschlägen, bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928. Die Zahl der Wahlvorschläge ist mithin zurückgegangen. Die Zahl der Bewerber beträgt auf den Kreiswahlvorschlägen 651 (651 männliche und 600 weibliche Bewerber), auf den Reichswahlvorschlägen 464 (427 männliche und 37 weibliche Bewerber), zusammen 715 (647 männliche und 67 weibliche Bewerber). Bei der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 waren 6209 Bewerber vorhanden, davon 5718 männliche und 491 weibliche Bewerber. Die Zahl der Bewerber insgesamt ist mithin um 906 (gleich 15 Prozent), die der männlichen Bewerber um 760 (gleich 13 Prozent) und die der weiblichen Bewerber um 146 (gleich 30 Prozent) gesunken.

Die für die Reichstagswahlen zu benutzenden Stimmzettel sind auf Kosten des Reiches hergestellt und werden den einzelnen Wahlmännern kostenlos zur Verfügung gestellt. Es dürfte wahrscheinlich das letztere sein, daß das Reich die Kosten für die Herstellung der Stimmzettel trägt; denn bei der geplanten Wahlreform ist daran gedacht, daß die Parteien ihre Stimmzettel selbst herstellen und bezahlen müssen. In einigen Wahlkreisen werden bei der Reichstagswahl am 14. September Männer und Frauen mit verschiedenen farbigen Stimmzetteln abstimmen. Diese gekennzeichneten Abstimmungen, die, wie besonders betont sei, nicht im ganzen Reichsgebiet, sondern nur in einigen Wahlkreisen vorgenommen werden soll, dienen lediglich statistischen Zwecken. Das Wahlgeheimnis wird auch hierbei auf alle Fälle gewahrt sein. Im übrigen ist es nicht das erstemal, daß Männer und Frauen mit verschiedenen farbigen Stimmzetteln zur Wahl kommen. Auch bei der letzten Reichstagswahl hatte der Reichswahlleiter die Erlaubnis zur getrennten Abstimmung von Männern und Frauen gegeben. Die Wahlzettel sind übrigens nicht einheitlich für das ganze Reich gehalten, da einzelne Parteien in einigen Wahlkreisen nicht vertreten, zusammengegangenen sind oder unter anderen Namen erscheinen.

Erhöhter Polizeischutz in Berlin.

Das Regierungsbüro in Berlin wird für den Wahltag besonderen Schutz erhalten. In den Polizeibereitschaften und -unterstützungen werden genügende Verstärkungskräfte bereit gehalten, die im Notfall eingesetzt werden können. Zu den besonders unruhigen Stadtteilen Berlins werden mit Polizeibeamten besetzte Schnellwagen zur Verfügung gestellt, die vor allem das Reichshaus in der Unter den Eichenstraße, vor dem es dieser Tage zu einem Kravall gekommen ist, wobei ein Beamter von Demonstranten tätlich angegriffen und verletzt wurde. Die Polizei hofft, alle etwaigen Unruhen sofort im Keim ersticken zu können. Sie weist darauf hin,

daß der bisherige Wahlkampf in Berlin sich entgegen den anfänglichen Befürchtungen ziemlich friedlich abgespielt hat, da trotz der durch den Wahlkampf erregten Gemüter glücklicherweise in der Reichshausstraße bisher nur ein Todesopfer zu beklagen und auch die Zahl der Verletzten nicht allzu hoch ist.

## Der Reichshaushalt für 1931.

Ledigensteuer soll bestehen bleiben.

Die im Reichsfinanzministerium in Angriff genommenen Arbeiten zur Festsetzung des Reichshaushalts für das Jahr 1931 sind jetzt so weit vorgeschritten, daß die ersten Einzelheiten bekannt werden. Der Gesamthaushalt soll eine Milliarde weniger umfassen als der laufende Etat für 1930, dem allerdings noch die endgültige Genehmigung des Reichstages fehlt.

Auf der Einnahmenseite für 1931 wird mit einem Steueranfall von 620 Millionen Mark infolge der Wirtschaftskrise gerechnet. Durch die Teilzahlung der Kapitalertragssteuer fallen 60 Millionen, durch den Fortfall der Industriebelegung 170 Millionen und durch den Fortfall der Kesselsbetriebsabgabe 220 Millionen fort. Außerdem wird damit gerechnet, daß die Veräußerung von Reichsbankvorsatzpapieren infolge Zinsverlustes usw. einen Anfall von 110 Millionen ergibt. Dagegen wird vorausgesetzt, daß die durch die Novellierung eingeführte Ledigensteuer, die eigentlich bis Ende dieses Jahres aufgehoben werden sollte, weiter bestehen bleibt.

Die Minderung der Ausgaben ergibt sich aus zwei großen Posten: die 460 Millionen Mark, die in diesem Jahr zur Tilgung der kurzfristigen Schuld aufgewendet werden müssen, fallen künftig fort, und durch die Reform der Arbeitslosenversicherung um 300 Millionen Mark. Die 70 Millionen werden durch den Fortfall der Besetzung gepart und 30 Millionen hofft man an dem Etat der Kriegspensionen einsparen zu können. Darüber hinaus kündigt das Reichsfinanzministerium 150 Millionen an Staatsersparnissen an. Es bleibt ein Defizit von 170 Millionen, das durch weitere Einschränkungen gedeckt werden muß.

## Die Neuordnung der Krankenkassen.

Eine amtliche Darstellung der Auswirkungen.

Amlich wird mitgeteilt: Die neuen Vorschriften über die Krankenversicherung beginnen sich in einer Herabsetzung der Beiträge auszuwirken. So betragen die Milligemeinetransferte Beiträge den Betrag von 72 auf 6 Prozent für Versicherte, denen zunächst kein Krankengeld gezahlt wird, weil sie weiterhin Lohn oder Gehalt erhalten, sogar bis auf 5 Prozent herabgesetzt. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Dresden meldet eine Minderung von 7% auf 6% Prozent, die Landkrankenkassen Jülich, Schwelm und Bomm von 6 auf 5 Prozent, die bei Ortskrankenkasse für das Handelsgewerbe in Stuttgart von 5,7 auf 5 bzw. 3,75 Prozent, die Kruppische Betriebskrankenkasse von 5,9 auf 4,8. Zur Begründung dieser Zahlen sei darauf verwiesen, daß jedes Prozent Beitragsminderung für einen Arbeitnehmer mit einem Grundlohn von 5 Mark eine Ersparnis von 18 Mark, bei einem Grundlohn von 10 Mark sogar von 36 Mark im Jahre bedeutet. Jeder Spart also den Verdienst für zwei bis drei Arbeitswochen. Demgegenüber kommt die Befreiung durch Krankengeld und Arbeitslosenanteil, selbst wenn der Versicherte zweimal im Jahre erkrankt, nicht in Betracht; denn die Kosten für zwei Krankengeld und vier Arbeitswochen, von denen jedes mehrere Verordnungen entfallen kann, betragen nur 3 Mark.

## Die Reichsbahn verbilligt.

Preisabbau bei Sonntagsfahrkarten.

Die Reichsbahn will eine Reihe von neuen Maßnahmen zur Verbilligung des Verkehrs einführen. Aber nur des Verkehrs mit Sonntagsfahrkarten. Wenn Reisende mit Sonntagsfahrkarten 2-Tage benutzen wollten, so mußten sie bisher mindestens den Schnellzugzuschlag der zweiten Zone, d. h. 2 Mark in der 3. Klasse und 4 Mark in der 2. Klasse, bezahlen. Diese Sätze betragen das Doppelte der Zone 1 für Fahrten bis zu 75 Kilometer. Hier wird die Reichsbahn dem auf Sonntagsfahrkarten reisenden Publikum entgegenkommen, indem sie vom 13. September ab den erhöhten Schnellzugzuschlag befreit und bei Fahrten bis zu 75 Kilometer nur noch den normalen Schnellzugzuschlag erhebt, eine Erleichterung, die 1 Mark in der 3. und 2 Mark in der 2. Klasse sowohl für die Einfahrt als auch für die Rückfahrt für die Reisenden ausmacht.



## Votales und Provinzielles.

**Annaburg.** Von der Firma Licht- und Kraftwerke Wittenberg G. m. b. H. werden mir um Aufnahme nachstehender Zeilen ersucht: „Zu dem Bericht über Filmmettewerb und Modenschau sehen wir uns veranlagt, soweit unsere Firma in diesem erwähnt worden ist, der Öffentlichkeit gegenüber die in dem Bericht gemachte Bemerkung, untererseits seien allerlei Schwierigkeiten bereitet worden, zu widerlegen. Wir wissen aus Erfahrung, daß für die Filmbelichtung außerordentlich hohe Stromkosten plötzlich eingeschaltet werden und wir mühten uns deshalb hiergegen sichern, um unsere übrigen Stromabnehmer nicht in der Stromlieferung zu gefährden. Dazu halten wir uns verpflichtet und betrachten das durchaus nicht als Schwierigkeiten. Wenn in dem Artikel weiter von hohen Strompreisen gesprochen worden ist, so möchten wir sagen, daß wir im Interesse der veranstaltenden Geschäftswelt einen ganz besonderen Vorzugspreis für den Stromverbrauch eingeräumt, hatten und daß der Stromverbrauch für die ganze Veranstaltung von dem Veranstalter des Filmmettewerbs und der Modenschau mit RM. 4.50 bezahlt worden ist. Wir glauben, daß man dann wohl nicht von hohen Strompreisen sprechen kann. Der Herr Veranstalter hatte aber von uns einen Unkosten-Beitrag von RM. 150.— zu seiner Veranstaltung erhofft, die wir natürlich ablehnen mußten.“

**Annaburg, 13. Sept.** Einer genußreichen musikalischen Feiertagsstunde konnte man gestern Abend im Landheim des Magdeburger Realgymnasiums beiwohnen. Der „Freischütz“ von C. M. v. Weber sollte durch Darbietung seiner Duettlure und der Matthei-Arie, sowie durch Erläuterung belehrender Art, dem Verständnis der Gäste und Schüler näher gebracht werden. Daß dies gelungen ist, war in erster Linie das Verdienst des Musikleiters des Landheims. Es war ein Genuß eigener Art, einzelne Motive zu hören, denen die Erläuterung folgte. Das trug wesentlich zum Verständnis der Duettlure bei, die exakt und mit blendendem Schmitz von der Röhre'schen Kapelle, unter Leitung des Herrn Max Röhre, zu Gehör gebracht wurde. Dann sang Frau Fritzsche die Arie der Matthei mit einer Feinheit der Stimme und einer routinierten Technik, die die Zuhörer zu nicht endenwollenem Beifall veranlaßte. Daß unter Herrn Röhre's jun. Leitung eingangs ein Polporri des Freischütz dargeboten wurde, das die Anwesenden auf den Abend einstimmte, möge der Vollständigkeit halber mit erwähnt werden. Dem Veranstalter, als auch den ausübenden Künstlern, gebührt ein ganz besonderer Dank, dem die Bitte folgen mag, im nächsten Jahr eine Mozart'sche Oper folgen zu lassen.

**Jessen, 12. September.** Eingebrochen wurde in der vergangenen Nacht in das Zigarrengeschäft von Willy Helbig am Markt. Die Diebe, die mit einem Auto nach Jessen gekommen waren, kletterten über eine Mauer am Hof, dann durch das Fenster der Ladenstube, in der sie alles durchwühlten, zerhackten die Klingelleitung und gelangten schließlich in den Laden, wo sie Tabakwaren im Werte von einigen tausend Mark mitgehen ließen. Außerdem fielen ihnen ungefähr 100 RM. Bargeld sowie ein Fahrrad in die Hände.

Der Schaden dürfte um so empfindlicher sein, als die Waren nicht versichert gewesen sind.

**Bayern.** Einen Sechsender konnte hier ein Jagdgast zur Strecke bringen, während im nahen Cösa Lehrer Fuhrmann einen 10er Aronenhirsch erlegte.

**Düben, 8. September.** (Der Rehbod im Scheinwerferlicht.) Schon oft haben Tiere des Waldes, die ins Scheinwerferlicht eines Kraftfahrzeuges geraten, einen Unglücksfall verursacht. Ein Rehbod hat nun wieder ein solches Unglück auf der Köhler Straße verursacht. Er kam bei Schwemmal in den Lichtkegel eines aus Düben kommenden und mit 2 Personen besetzten Motorrades, dessen Fahrer das Rad vor dem wie gebannt stehenden Rehbod nicht mehr zum Stehen bringen konnte. Ein Fahrer erlitt beim Sturz eine Gehirnerschütterung.

**Düben.** (Eine überreizte Wählerin.) Am 8 Tage im Wahltermin geirrt hatte sich eine Wählerin, die Sonntag im Rathaus erschien, um ihr Wahlrecht auszuüben. Ueber-eifer schadet niemals, vielmehr könnte dieser Fall manchem Wahlfrauen als Vorbild dienen, der sich in dem falschen Glauben wähnt, auf seine Stimme komme es doch nicht an. Wahlrecht ist auch Wahlpflicht!

**Delitzsch, 10. September.** (Gautag des Königin-Luise-Bundes.) Gestern fand hier der 6. Gautag des Gaues Elbe-Elster im Königin-Luise-Bunde statt. Zu dem Gau gehört der Osten der Provinz Sachsen, die Kreise Bitterfeld, Delitzsch, Liebenwerda, Schöneitz, Torgau und Wittenberg. Die Veranstaltung war außerordentlich gut besucht, so daß der größte Saal der Stadt, das alte Schützenhaus, bis auf den letzten Platz besetzt war. Der Gautag nahm am Vormittag mit einer Gesangenen-Ehrung in der Kriegsgedächtnisstraße und einem Festgottesdienst in der Stadtkirche seinen Anfang. Am Nachmittag folgte eine Tagung der Ortsgruppenführerinnen, in der für die ausstehende Gau-führerin, Frau Gabelein-Halle, Frau von Veree-Bad Liebenwerda gewählt wurde. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag der Gauführerin der Altmark, Frau Hoffenstein, die nach einer Schilderung der derzeitigen großen Not im Vaterlande die Frauen ermahnte, starr zu bleiben und auszuhalten in dem Kampfe um die Wiedergewinnung des uns entrissenen Landes und die Befreiung aus den Ketten des Versailles Diktats. Die Tagung war von deklamatorischen und musikalischen Darbietungen umrahmt und schloß mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes.

**Bitterfeld, 11. September.** Die Grube Leopold hat auf anhaltischem Gebiet etwa 6 Millionen Quadratmeter Gelände erworben. Es handelt sich um hochwertige Kohlenfelder, die sich bis in die Gegend von Dessau erstrecken. Ueber den Zeitpunkt des Abbaubeginns ist noch nichts bekannt.

**Halle.** (Tödlicher Sturz eines Gefährführers.) Am Dienstag abend wurde vor dem Pferdehals eines Speditionsgeschäftes in der Delitzscher Straße ein Gefährführer tot aufgefunden. Der Tote wurde auf Anordnung eines herbeigerufenen Arztes dem Pathologischen Institut zur Feststellung

der Todesursache zugeführt. Vermutlich handelt es sich um einen tödlichen Sturz. Schuld eines Dritten kommt nicht in Frage.

## Turnen, Spiel und Sport.

Am Sonntag, den 7. September, weilte der F.-C. U. mit 3 Mannschaften in Prettin, um gegen den dortigen Fußball-Club einen Clubkampf auszutragen. Der F.-C. U. blieb mit 4:2 Punkten und 10:7 Toren Sieger. Während die 1. und 2. Elf als Sieger den Platz verlassen konnten, mußte die Jugend eine Niederlage mit nach Hause nehmen. Die 1. Elf konnte Prettin 1. sicher mit 5:3 schlagen. Die 2. Elf gewann nach gutem Spiel gegen Prettin 2. mit 5:1. Nur die Jugend unterlag 0:3. — Am Sonntag trägt der F.-C. U. auf hiesigem Plage gegen S.-C. Germania 08 Jessen einen Clubkampf aus. 4 Mannschaften beider Vereine werden um den Sieg kämpfen. Da man Annaburg und Jessen als Vokal-Rivalen nennen kann, werden sich beide heiße Kämpfe um den Siege liefern. Anfang der Spiele um 1 Uhr.

## Kirchliche Nachrichten.

Am 13. Sonntag nach Trinitatis: Römer 3, 28. So halten wir nun dafür, daß der Mensch gerecht werde ohne des Gesetzes Werke, allein durch den Glauben.

**Annaburg, Vorm. 1/2 10 Uhr:** Gottesdienst.

**Burgien, Vorm. 11 Uhr:** Kirchergottesdienst.

**Burgien, Vorm. 9 Uhr:** Festgottesdienst.

## Markt-Kalender.

15. Septbr.: Krammarkt in Prettin.  
17. Septbr.: Schweinemarkt in Schönewalde.  
19. Septbr.: Schweinemarkt in Utha.

## Von Montag, den 15. September, bis Sonnabend, den 20. September: Doppelte Marken

auf alle Markenwaren.

Margarine 1.—, 0,80, 0,95, 0,60, 0,55

Zettheringe Stk. 10 Pfg.

Marinierte Seringe Stk. 15 Pfg.

Sauerkraut Pfd. 12 Pfg.

Saure Gurken Stk. 8 u. 10 Pfg.

empfehlen

Franz März, Markt 19.

# Liste 2 Deutschnationale Liste 2 Volkspartei Liste 2

## Deutscher Wähler wach auf!

Liste 2 ist die Einigung der deutschen Wähler!

# Vaterland über Partei!

## Schwarz-Weiß-Rot ist das Symbol der deutschen Freiheit.

Liste 2 sammelt,

Eigenbrödelei macht ohnmächtig!

## Liste 2 ist der Sammelruf:

# Deutschland, Deutschland über alles!

**Bleibt treu der  
alten Fahne**



**Wählt  
Liste 2**

**Deutschnationale Volkspartei**

**Mit Hindenburg für Deutschlands Rettung!**

**Wahlgang ist Pflicht**

**Wählt Deutsche Volkspartei!**

1		1	○
2		2	○
3		3	○
4		4	○
5	Deutsche Volkspartei	5	○
6		6	○
7		7	○
8		8	○

**Liste  
5**

**Hierher  
das Kreuz!**

**Aufruf der Gewerkschaften!**

Der Reichstag ist aufgelöst. Die Regierung Brüning diktiert mit dem Artikel 48: den Abbau der Sozialversicherung, den Lohnraub, die Arbeitszeitverlängerung.

Die große Einheitsfront der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei ist geschlossen. Der A.D.G.B. und der Afa-Bund treten aktiv in den Wahlkampf ein.

Der Sieg der Sozialdemokraten ist auch der Sieg der Gewerkschaften.

**Gegen Diktatur. Für Demokratie u. Sozialismus.**

**Keine Zersplitterung der Kräfte  
Alle Stimmen der Liste 1**

- Ortsausschuß des A.D.G.B. Annaburg
- Fabrikarbeiter-Verband Zahlstelle Annaburg
- Landarbeiter-Verband Zahlstelle Annaburg
- Holzarbeiter-Verband Zahlstelle Annaburg
- Metallarbeiter-Verband Zahlstelle Annaburg
- Einheitsverbd. d. Eisenbahner Zahlstelle Annaburg
- Tabakarbeiter-Verband Zahlstelle Annaburg
- Deutscher Freidenkerverband Zahlstelle Annaburg

Gasthof zur Kleinbahn.  
Sonntag, d. 14. Septbr.:  
**Schallplatten-Konzert**

Dazu empfehle:  
**Kaffee und Kuchen.**  
Freundlich ladet ein  
**W. Freidant u. Frau**

**Fislias, Gicht- u. Rheumatismus-Kranken**  
teile ich gern geg. 15 Pfg. Rückporto sonst kostenlos mit, wie ich vor fünf Jahren von meinem schwachen Fislias- und Rheumatiden in ganz kurzer Zeit befreit wurde.  
**J. Stieling, Kantinenwächter, Frankfurt Oder 264, Hindenburgstr. 33.**

**Opekta,**  
der natürliche Geleesstoff der Früchte zum Bereiten von Marmeladen u. Gelee in 10 Minuten zu haben bei  
**J. G. Fritzsche.**  
**Spielfarten**  
empfiehlt **H. Steinbeiß.**

**Tanzschule v. Geschw. Langer**  
Annaburg — Hotel Waldschloßchen

Die nächste Übungsstunde Dienstag, den 16. September, abends, 8 Uhr.  
Weitere Anmeldungen noch erbeten.

**Rechnungsformulare**  
in allen Größen fertigt an  
**Herrn Steinbeiß, Buchdruckerei**



**Natürlich ist Thams & Garfs**

nicht nur bei den Lebensmitteln an Qualität und Preisen zu erreichen, sondern auch in Konfitüren leistet Thams & Garfs unerreichtes.

**Unsere Preise**

- Cocooschoten bunt 1/2 Pfd. 28 Pfg.
- Pfefferminzbruch 1/2 Pfd. 27 Pfg.
- Türkische Mischung süß, sauer u. gefüllt 1/2 Pfd. 28 Pfg.
- Theater-Mischung 1/2 Pfd. 48 Pfg.
- Hamb. Mischung 1/2 Pfd. 58 Pfg.
- Schloß-Mischung 1/2 Pfd. 68 Pfg.
- Hütchen-Pralinen 1/2 Pfd. 18 Pfg.
- Vollm. Karamellen 1/2 Pfd. 25 Pfg.
- Gefüllte Bohnen 1/2 Pfd. 25 Pfg.
- Cocooschoten m. Sch. 1/2 Pfd. 25 Pfg.
- Pfefferminzbruch mit Schokolade 1/2 Pfd. 20 Pfg.
- Rumtungen 1/2 Pfd. 30 Pfg.
- Schokol.-Plätschen 1/2 Pfd. 30 Pfg.
- Tegebäck 1/2 Pfd. 25 Pfg.
- Siwaffeln 1/2 Pfd. 48 Pfg.
- Schne-Karamellen 1/2 Pfd. 30 Pfg.
- Gebr. Mandeln 1/2 Pfd. 30 Pfg.

**Schokoladen**

- Juder** Vollm. Schokolade 3 Stk. à 100 gr. 75 Pfg.
- Vollm. Schok. Goldina 3 Stk. à 100 gr. 1.— Mk.
- Vollm. Schok. Landhaus 3 Stk. 1.— Mk.
- Blockchokolade 500 Gramm nur 95 Pfg.
- Blockchokolade 250 Gramm nur 48 Pfg.
- Sonstige Marken-Schokoladen und Pralinen in großer Auswahl
- Kunst-honig** 1 Pfd. nur 40 Pfg.

**Thams & Garfs \* Annaburg**  
Das Haus der Höchstleistungen

**Wen soll ich wählen?**

**Wählt  
Liste 6**

Für ernste Menschen scheiden die Umfrageparteien von der äußersten Linken und der äußersten Rechten von selber aus. Man kann die Verhältnisse nicht bessern, wenn man Andersdenkende mit Messern und Stuhlbeinen behandelt, sondern nur, indem man berechnete Forderungen mit Ruhe und Vernunft in Einklang bringt. Das will die deutsche Staatspartei!

Unsere Lösung ist:  
Durch Volksveröhnung zum Wiederaufstieg

**Deutsche Staatspartei Ortsgruppe  
Lorgau**

**Stenogrammbüchle  
Stenographiehefte  
Stenogr.-Federn**  
empfiehlt  
**Herrn Steinbeiß,  
Papierhandlung.**

**Winterwäden**  
empfiehlt  
**J. G. Fritzsche.**  
Gutbestandenen  
**Stoppel-Klee**  
gibt billigt ab  
**Krüger, Naundorf.**

Wer will am Wahltag fehlen, wenn über die deutsche Zukunft entschieden wird?  
Wer will von Sonderinteressen reden, wenn es ums Ganze geht?  
Erkennt den Ernst der Stunde!

**Hinein in die Hindenburgfront!  
Wählt Deutsche Volkspartei!  
Liste 5**

(Dr. Gremer, Schmidchen, Erdbroth, Frau Wittholz, Barthel.)

**Lotterie-Verein „Fortuna“**  
veranstaltet am **Sonntag, d. 13. Septbr., abends 8 Uhr,** in sämtlichen Räumen der „Neuen Welt“ sein diesjähriges  
**Stiftungsfest.**  
Für Guter, Stimmung, Ueberraschungen ist in reichstem Maße Sorge getragen.  
Eintritt: Damen 50 Pfg., Herren 70 Pfg.  
Tanz frei! Kassenöffnung 7 Uhr! Tanz frei! Ende 3 Uhr!  
Vollbesetztes Orchester!  
Alles ist herzlich willkommen!

Redaktion, Druck und Verlag von Herrn Steinbeiß Annaburg



# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr. Bezugspreis wird monatlich festgesetzt. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle entgegen, 3. entgegen. In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erschießt jeder Anzeiger auf die Zeitung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Feenprech-Anschluss Nr. 224.

Antliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einj. Umhänge, Scherzblätter und tabellarischer Satz mit Aufschlag. Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburg-Bez. Halle.

Nr. 110.

Sonnabend, den 13. September 1930.

33. Jahrg.

## Die Pflicht zur Abrüstung.

Große Rede Senderions.

Der englische Außenminister Senderion hielt in der Nachmittags-Sitzung der Völkerbundesversammlung eine Rede, die sich unermüdlich gegen die bisher noch immer nicht erfolgte Abrüstung der Siegermächte richtete. Senderions Erklärungen sind durch ihre ungewöhnlich scharf formulierte Forderung der Erfüllung der Abrüstungsbestimmungen der Friedensverträge und des Völkerbundesvertrages das Ereignis des Tages.

Senderion gedachte eingangs der seit der letzten Völkerbundesversammlung verstorbenen Staatsmänner Wilson, Stresemann und Brandes. Aber die letzten Ausführungen Dr. Stresemanns in der vorigen September-versammlung gehört habe, habe sich davon überzeugen können, daß sich dieser große Führer für die Sache der Abrüstung in hohem Maße eingesetzt habe. Stresemann sei es zu danken, daß heute alle deutschen Gebiete von der militärischen Besetzung frei seien. Senderion legte dann zur Abrüstungsfrage, nach der Auffassung der englischen Regierung seien Sicherheit und Abrüstung eng verbunden.

Nichts könne die Völker härter vor dem Ausbruch eines neuen Krieges schützen, als ein allgemeines Abrüstungsabkommen. Die Sicherheit sei unerbittlich, solange das gegenwärtige Weltrecht anbauere. Das englische Volk sei sich darüber einig, die Maschinen des Völkerbundes in der Sicherheitsfrage nur dann weiter auszubauen, wenn die Abrüstung ausföhere, eine leere Phrase zu sein und endliche Wirksamkeit werde. Auf diesen Grundsatze werde die künftige englische Politik aufgebaut sein. Die Schöpfer des Völkerbundesvertrages hätten niemals an eine internationale Zusammenarbeit geglaubt, wenn die nationalen Rüstungen bestehen blieben. Deshalb sei in Artikel 8 des Völkerbundesvertrages die Verpflichtung zu einer allgemeinen Beratung und Beschränkung der nationalen Rüstungen aufgenommen worden. Schon eifrig habe die Abrüstungsfrage ohne Fortschritt behandelt. Jetzt sei der Augenblick gekommen, endlich zu handeln.

Die Abrüstungsbestimmungen des Völkerbundesvertrages bildeten einen Teil der Friedensverträge. Jede Regierung sei durch diese Verpflichtungen gebunden. In den Verhandlungen im Jahre 1919 sei diese Verpflichtung ausdrücklich wieder festgelegt und von neuem in der Schlussakte des Locarno-Vertrages bestätigt worden. Vor zwei Jahren habe die Völkerbundesversammlung feierlich festgestellt, daß der gegenwärtige Stand der Sicherheit den Abschluß eines allgemeinen Abrüstungsabkommens erlaube. Die Londoner Flottenkonferenz sei ein Erfolg. England habe sich verpflichtet, die Schlachtschiffe um 25 Prozent zu vermindern und bis 1936 neue Schlachtschiffe nicht zu bauen. England hoffe, daß beim Zutritt der Weltabstimmungskonferenz weitere wesentliche Herabsetzungen der englischen Seestreitkräfte erreicht sein würden. Die Beratung der Rüstungen einzelner Mächte sei keine Erfüllung der internationalen Abrüstungsverpflichtungen.

Nur wenn ein allgemeines Abrüstungsabkommen für die Land-, See- und Luftstreitkräfte abgeschlossen sei, könnten die Friedensverträge und der Völkerbundesvertrag als erfüllt angesehen werden. England erwarte, daß der Abrüstungsausschuß endlich zu einem praktischen Ergebnis gelangen werde, daß die Regierungen ihren Vertretern Anweisungen geben würden, die einen Erfolg der Abrüstungsverhandlungen sichern. England erwarte ferner die Einberufung der Weltabstimmungskonferenz zum Jahre 1931.

Die Regierungen hätten die Pflicht, den nächsten Krieg unumgänglich zu machen, der noch schrecklicher sein würde als der letzte. Die englische Regierung rufe deshalb alle in Genf vertretenen Regierungen auf, ihre Kräfte gemeinsam zur Erreichung des Zieles einzusetzen, für das der Völkerbund geschaffen worden sei.

Die Erklärungen Senderions, insbesondere die Feststellung, daß die Abrüstung eine bindende Verpflichtung der Friedensverträge darstelle, wurde mit förmlichem Beifall aufgenommen. Die Wirkung der Rede war weit härter als die der Vormittagsrede Brandes.

## Europas Vereinigung.

Die Abrüstung.

Im Völkerbund zu Genf ergriß Donnerstag unter allgemeiner Spannung Brand das Wort. Er wies darauf hin, daß die Erbline des Völkerbundes als Vertreter Frankreichs und ferner als Beauftragter von 26 europäischen Mächten betreue, in deren Auftrag er dem Völkerbund einige Mitteilungen machen wolle. Brand ging in längeren Ausführungen auf die bisherigen Fortschritte des Ausbaues des Völkerbundes ein und erklärte, die Völker hätten in wachsendem Maße das Vertrauen, daß der Völkerbund das Recht des Friedens festsetzen werde. Der Krieg sei jetzt, nach dem Abschluß des Kellogg-Paktes, als Verbrechen schlimmer Art erklärt worden. Auf dem Wege der Friedenssicherung seien große Fortschritte festzustellen. Solange er lebe, werde er jedenfalls keinen Krieg mehr zulassen. Jetzt gelte es, die Bestimmungen des Völkerbundes über die Abrüstung durchzuführen.

Außenminister Dr. Curtius hat beim Präsidenten der Völkerbundesversammlung den Antrag gestellt, den Ausschuß des Völkerbundes über die Abrüstung über die Rinderheitenfrage, nach dem positiven Ausschluß der Völkerbundesversammlung zu überweisen. Die deutsche Regierung hat damit die Initiative in der Rinderheitenfrage ergriffen.

## 589 Wahlvorschläge.

Die Bewerber für die Reichstagswahl.

Nach den Feststellungen des Reichswahlleiters sind für die Reichstagswahl am 14. September 565 Kreiswahlvorschläge und 24 Reichswahlvorschläge, insgesamt 589 Wahlvorschläge, eingelaufen, gegenüber 642 Kreiswahlvorschlägen und 31 Reichswahlvorschlägen, gleich 673 Wahlvorschlägen, bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928. Die Zahl der Bewerber beträgt auf den Kreiswahlvorschlägen 6651 (6051 männliche und 600 weibliche Bewerber), auf den Reichswahlvorschlägen 87 männliche und 63 weibliche Wahl am 20. davon 5718 männliche und 15 weibliche (gleich 50 Prozent), auf den Reichswahlvorschlägen 15 Prozent (gleich 30 Prozent).

Die für die Reichstagswahl am 14. September 1930 eingelaufenen Wahlvorschläge sind auf den Kreiswahlvorschlägen 565 und auf den Reichswahlvorschlägen 24, insgesamt 589 Wahlvorschläge, eingelaufen, gegenüber 642 Kreiswahlvorschlägen und 31 Reichswahlvorschlägen, gleich 673 Wahlvorschlägen, bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928. Die Zahl der Bewerber beträgt auf den Kreiswahlvorschlägen 6651 (6051 männliche und 600 weibliche Bewerber), auf den Reichswahlvorschlägen 87 männliche und 63 weibliche Wahl am 20. davon 5718 männliche und 15 weibliche (gleich 30 Prozent), auf den Reichswahlvorschlägen 15 Prozent (gleich 30 Prozent).

Schüler Polizeischuß in Berlin.

Das Regierungsviertel in Berlin wird für den Wahltag besonders Schutz erhalten. In den Polizeibereitschaften und -unterstützungen werden genügende Verstärkungen bereit gehalten, die im Notfall eingesetzt werden können. In den besonders unruhigen Stadtteilen werden mit Polizeibeamten besetzte Schnellwagen patrouillieren. Verfügung erhält vor allem das Reichspräsidentenpalais in der Wilhelmstraße, vor dem dieser Tage zu einem Skandal gekommen ist, wobei ein Demonteur von Demonstranten tätlich angegriffen und verletzt wurde. Die Polizei hofft, alle etwaigen Unruhen sofort im Keim erlöchen zu können. Sie weist darauf hin,

daß der bisherige Wahlkampf in Berlin sich entgegen den anfänglichen Befürchtungen ziemlich friedlich abgepielt hat, da trotz der durch den Wahlkampf erregten Gemüter glücklicherweise in der Reichshauswahl bisher nur ein Todesopfer zu beklagen und auch die Zahl der Verletzten nicht allzu hoch ist.

## Der Reichshaushalt für 1931.

Lebigen Steuer soll bestehen bleiben.

Die im Reichsfinanzministerium in Angriff genommenen Arbeiten zur Feststellung des Reichshaushalts für das Jahr 1931 sind jetzt so weit vorgechritten, daß die ersten Einzelheiten bekannt werden. Der Gesamthaushalt soll eine Milliarde weniger umfassen als der laufende Etat für 1930, dem allerdings noch die endgültige Genehmigung des Reichstages fehlt.

Auf der Einnahmenseite für 1931 wird mit einem Steuereinsparnis von 620 Millionen Mark infolge der Wirtschaftskrisis gerechnet. Durch die Tarifverträge der Kapitalertragssteuer fallen 60 Millionen, durch den Fortfall der Industriesteuer 170 Millionen und durch den Fortfall der Festbetragssteuer 220 Millionen fort. Außerdem wird damit gerechnet, daß die Veräußerung von Reichsbankanleihe infolge Zinsrückganges usw. einen Anfall von 110 Millionen ergibt. Dagegen wird vorausgesetzt, daß die durch die Vorkredittarife und die durch die Erhöhung der Einkommensteuer zu Ende dieses Jahres aufgehoben werden sollte, weiter bestehen bleiben.

Die Minderung der Ausgaben ergibt sich aus zwei großen Posten: die 460 Millionen Mark, die in diesem Jahr zur Tilgung der kurzfristigen Schuld aufgewendet werden müssen, fallen künftig fort, und durch die Reform der Arbeitslosenversicherung sollen für das Reich 300 Millionen Mark eingespart werden. 70 Millionen werden durch den Fortfall der Besetzung gespart und 30 Millionen hofft man an dem Etat der Reichsbank einsparen zu können. Darüber hinaus kündigt das Reichsfinanzministerium 150 Millionen an Etatsersparnissen an. Es bleibt ein Defizit von 170 Millionen, das durch weitere Einschränkungen gedeckt werden müßte.

## Die Neuordnung der Krankenkassen.

Eine amtliche Darstellung der Auswirkung.

Amlich wird mitgeteilt: Die neuen Vorschriften über die Krankenversicherung begreifen sich in einer Herabsetzung der Beiträge auszusprechen. So hat die Allgemeine Krankenkassenföderation den Beitragssatz von 7,2 auf 6 Prozent für Versicherte, denen zunächst kein Krankengeld gezahlt wird, weil sie weiterhin Lohn oder Gehalt erhalten, sogar bis auf 5 Prozent herabgesetzt. Die Allgemeine Krankenkassenföderation fordert eine Minderung von 7,2 auf 6,2 Prozent, die Krankenkassenföderation, Schmeißer und Bonst von 6 auf 5 Prozent, die bei Krankenkassen für das Handelsgewerbe in Stuttgart von 5,7 auf 5 bzw. 3,75 Prozent, die Kruppische Krankenkasse von 5,5 auf 4,8. Zur Würdigung dieser Zahlen sei darauf verwiesen, daß jedes Prozent Beitragssenkung für einen Arbeitnehmer mit einem Grundlohn von 5 Mark eine Ersparnis von 18 Mark, bei einem Grundlohn von 10 Mark sogar von 36 Mark im Jahre bedeutet. Jeher hat also der Verdienst für zwei bis drei Arbeitslose, demgegenüber kommt die Befreiung durch Krankengeld und Arzneikostenanteil, selbst wenn der Versicherte zweimal im Jahre erkrankt, nicht in Betracht; denn die Kosten für zwei Krankengeldfälle und vier Arzneikosten, von denen jedes mehrere Verordnungen enthalten kann, betragen nur 3 Mark.

## Die Reichsbahn verbilligt.

Preisabbau bei Sonntagsfabriken.

Die Reichsbahn will eine Reihe von neuen Maßnahmen zur Verbilligung des Verkehrs einführen. Aber nur des Verkehrs mit Sonntagsfabriken. Wenn Reisende mit Sonntagsfabriken D-Züge benutzen wollten, so müßten sie bisher mindestens den Schnellzugzuschlag der zweiten Zone, d. h. 2 Mark in der 3. Klasse und 4 Mark in der 2. Klasse, bezahlen. Diese Sätze betragen das Doppelte der Zone 1 für Fabriken bis zu 75 Kilometer. Hier wird die Reichsbahn dem auf Sonntagsfabriken reisenden Publikum entgegenkommen, indem sie vom 1. September ab den erhöhten Schnellzugzuschlag befreitigt und bei Fabriken bis zu 75 Kilometer nur noch den normalen Schnellzugzuschlag erhebt, eine Erleichterung, die 1 Mark in der 3. und 2 Mark in der 2. Klasse sowohl für die Hin- als auch für die Rückfahrt für die Reisenden ausmacht.